

## "Pax durch Pakt" in Der Spiegel (11. Dezember 1948)

**Legende:** Am 11. Dezember 1948, kurz vor der Schaffung der Nordatlantischen Allianz (NATO) am 4. April 1949, beschreibt das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel die Bemühungen der Vereinigten Staaten zum Aufbau eines Bündnissystems.

**Quelle:** Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf. 11.12.1948, n° 50; 2. Jg. Hannover: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Pax durch Pakt", p. 9-10.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/pax\\_durch\\_pakt\\_in\\_der\\_spiegel\\_11\\_dezember\\_1948-de-4ce616c1-45e9-4043-a3a4-f8ed84d48c47.html](http://www.cvce.eu/obj/pax_durch_pakt_in_der_spiegel_11_dezember_1948-de-4ce616c1-45e9-4043-a3a4-f8ed84d48c47.html)

**Publication date:** 03/07/2015

## Pax durch Pakt

### Die Russen sind anderer Ansicht

Nach Harry S. Trumans Rückkehr aus dem Wahl-Erholungsurlaub in Florida war es eine der ersten politischen Aktionen des USA-Präsidenten, die diplomatisch-militärische Maschinerie zur Vorbereitung des Atlantik-Paktes auf höhere Touren zu bringen. So klar die Idee ist, so verwickelt erscheint ihre Verwirklichung.

Der Senat der Vereinigten Staaten wird sich nicht vor dem 1. März des kommenden Jahres mit dem Pakt-Plan befassen können - zwei Monate später als ursprünglich beabsichtigt. Etwa Ende Januar wird die internationale Konferenz - voraussichtlich auf den Bermudas -zusammentreten, die den militärischen Klauseln die endgültige Form geben soll. Tausend Schwierigkeiten sind zu überwinden.

Schließlich geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Verwandlung des Atlantischen Ozeans in ein Binnenmeer. Und um die Frage: Krieg oder Frieden. „Pax durch Pakt“ sagen die Amerikaner. Die Russen sind anderer Ansicht.

Schon in den beiden letzten Vorkriegsgefahren trat in dem sogenannten „Großen Gespräch“, das in der politischen Oberschicht der USA über die Frage Isolationismus oder Internationalismus geführt wurde, der Gedanke der Atlantik-Union auf. Politische Schriftsteller, darunter auch Walter Lippman, propagierten die Idee, die Länder der europäischen Atlantik-Küste von Spitzbergen bis Dakar in einem politischen und militärischen Bündnissystem zusammenzufassen.

Die Idee als solche ist älter. Vor vierzig Jahren sprach General Lee in seinem Buche „Die Stunde der Angelsachsen“ ähnliche Gedanken aus. Die weltpolitische Entwicklung hat ihm recht gegeben.

Das europäische Macht-Vakuum und Russlands Drang nach Westen verliehen den amerikanischen Argumenten neues Gewicht. Sie lauten: Durch die Entwicklung der Flugtechnik seien der Atlantische und der Pazifische Ozean nicht mehr trennende Meere - sie seien heute - „Binnenmeere“. Die Vereinigten Staaten hätten das Erbe des Römischen Weltreichs angetreten. Stets sei die klassische Außenpolitik Roms von dem Gedanken ausgegangen, die Gegenküsten zu beherrschen.

Einst habe England Roms Tradition weitergeführt. Es brachte Holland, Frankreich und Spanien politisch oder militärisch unter seinen Einfluß, da diese Länder an der Gegenküste lagen.

Jetzt sei es die Aufgabe der USA, die „Stars and Stripes“ an den Gegenküsten des Atlantiks und des Stillen Ozeans aufzupflanzen. Nur so sei Amerikas Weltgeltung zu sichern. Nur so der Friede zu erhalten.

Franklin D. Roosevelt und sein engerer politischer Kreis übernahmen diese Konzeption. Ein Fehler in ihrer Rechnung war, daß sie den sowjetischen Gegenspieler für wesentlich schwächer hielten als er in Wirklichkeit aus dem zweiten Weltkrieg hervorging. Ihre Zukunfts-Bilanz sollte lauten: Fünf Sechstel der Erde den USA - ein Sechstel der UdSSR. Sie ging nicht auf. Die Sowjets erwiesen sich als unheimlich aktiv. An beiden Gegenküsten. Und auch sonst.

Truman und seine Leute sind jetzt dabei, die Fehler der Roosevelt-Aera auszubügeln. Demokraten und Republikaner ziehen in dieser Hinsicht an einem Strang.

Tom Conally von Texas, der langjährige demokratische Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der nun nach der Wahl Trumans Senator Vandenberg wieder im Vorsitz des Ausschusses ablöst, hat die klassische Konzeption amerikanischer Außenpolitik immer zur Grundlage der Entschlüsse seines Ausschusses gemacht.

Während man früher mehr an den Abschluß politischer Bündnisse dachte, tritt nun die militärische Seite in den Vordergrund. Der ganze Bereich der Atlantik-Allianz soll durch ein System von Stützpunkten gesichert

werden.

Schon jetzt haben US-Bomber Lande und Startrecht auf Flugplätzen in Grönland, Island, auf den portugiesischen Azoren, in England, Deutschland, Tripolis und Marokko. Andere Pakt-Partnerländer werden nach der Unterzeichnung des Bündnisses folgen.

Zu den Gliedern der ozeanumspannenden Kette werden neben den USA und Kanada auf der westlichen Seite zunächst die Mitgliedsstaaten der westeuropäischen Union gehören: England, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg. Als weitere Anwärter werden genannt: Portugal, Dänemark, Norwegen, Island und Irland.

Italiens Chancen sind gestiegen. Das State Department studierte noch einmal den Friedensvertrag. Hindernde Klauseln waren nicht zu finden. Allerdings möchte Italien seine Streitkräfte vorher über die vertraglich vorgeschriebenen Grenzen hinaus verstärken dürfen.

Schweden indessen wird nicht mitmachen. Stockholms „Aftonbladet,“ erklärte ein Anschluß an einen Westblock würde eine Katastrophe für Finnland zur Folge haben und die Kriegsgefahr für das kleine Land erhöhen. Finnland aber bedeutet auch heute noch für Schweden eine Art temporärer Zwischenbarriere bei einem eventuellen Konflikt zwischen Ost und West.

In gewisser Hinsicht wird dieser Ausfall wettgemacht durch die neuerdings in Washington vermutete Beteiligung der lateinamerikanischen Staaten. Man bringt den Besuch des argentinischen Außenministers Bramuglia beim amerikanischen Präsidenten mit solchen Plänen in Verbindung.

Eine der entscheidenden Fragen beim Abschluß des weltweiten Verteidigungsbundes heißt: Was ist zu verteidigen und wie soll man es verteidigen?

Es ist die Frage nach den Grenzen der Atlantik-Union in Europa. Denn im Macht-Vakuum Europa ist die Sperrkette dem schärfsten Druck ausgesetzt.

Bereits in seiner berühmt gewordenen „Quarantäne-Rede“ vom 5. Oktober 1937 sprach Roosevelt von Amerikas Grenze am Rhein. Bis vor einiger Zeit war in Washington auch von der Eingliederung Westdeutschlands in die Atlantik-Union die Rede. Heute aber möchte die überwiegende Mehrzahl der US-Politiker Deutschland noch nicht einbezogen wissen. Da man die russische Entwicklung noch nicht übersehen kann, möchte man Deutschland weiter als das behandeln, was es ja auch in so vieler Hinsicht ist: als ein Provisorium.

Früher sah man die Zonengrenze zwischen Westen und Osten gern als endgültige Lösung an. Erst unter dem Einfluß der republikanischen Außenpolitiker wurde Europa wieder als eine Einheit betrachtet. Es siegte die Auffassung, man müsse Westdeutschland zu einem wirtschaftlichen Magneten für Ostdeutschland und Osteuropa machen.

Überholt sind die guten Ratschläge amerikanischer Bomber-Enthusiasten, die - ausgehend von der Überzeugung, Rußland könne durch „strategische Bombardierung“ zu Boden geworfen werden - empfahlen, in Europa überhaupt keine Verteidigung zu versuchen. Die Stützpunkte auf den britischen Inseln und in Afrika würden ausreichen.

„New York Times“ nannte eine solche Strategie „selbstmörderisch“ - und fügte hinzu, der Plan zur Verteidigung der Rheinlinie habe mehr Aussicht auf Annahme. Wenn es Westeuropa mit amerikanischer Hilfe gelinge, vierzig bis fünfundvierzig gut ausgebildete, hervorragend bewaffnete und bewegliche Divisionen mit großer taktischer Luftüberlegenheit aufzustellen, so könne eine solche Sperre zum mindesten bis zur Heranführung stärkerer Kräfte halten. Sobald später die Stärke der Atlantik-Allianz groß genug sei, könne man an die Verteidigung der Elbe-Linie denken.

Doch das alles ist Zukunftsmusik. Die geplanten neuen Stützpunkte erfordern eine lange Bauzeit. Allein für

die Startbahn einer B 36, des neuen amerikanischen Großbombers, werden zweihundert Schiffsladungen Zement benötigt.

Nüchtern urteilende amerikanische Beobachter schätzen die Kampfkraft der westeuropäischen Armeen nicht hoch ein. Die Soldaten verfügen - so stellen sie fest - über keinen Elan. Die Situation sei heute noch schlechter als 1939. Hitler habe Frankreich in vier Wochen besiegt. Heute würden die französischen Divisionen noch schneller zerschlagen sein.

Dieser mangelnde Kampfgeist sei ausschlaggebend für die Waffenlieferung. Im Frühjahr müsse der Kongreß 5 Milliarden Dollar für diese Zwecke bewilligen. Nach den Erfahrungen in China, wo den Kommunisten größte Waffenlager in die Hände fielen, sei das Problem auch für Europa recht kritisch.

Amerikas Militärs bemängeln, daß bei ihren französischen Kollegen immer noch die Rückzugs-Ideologie vorherrsche. Man habe die Absicht, den größten Teil der Truppen nach Westafrika hinüberzuretten.

Den 6 französischen Divisionen, den 3 Divisionen der Benelux-Länder, Englands kleiner aber intakter Militärmacht und Italiens 260 000 schwach bewaffneten Soldaten haben die Russen nach amerikanischen Schätzungen in der Ostzone Deutschlands 30 Divisionen mit einem Gesamtbestand von 350 000 Mann sowie 60 000 Mann Marinetruppen entgegenzustellen. Die russische Luftwaffe wurde stark erweitert. In den Monaten September und Oktober fanden große Umgruppierungen statt. Nach dem Aufmarsch der Russen weist die erste Stoßrichtung - so kombinieren US-Generalstäbler - auf Hamburg und Schleswig-Holstein.

Trotz des deutschen „Lochs“ glaubt das offizielle Washington nicht an Krieg. Aber es möchte auch die Möglichkeit einer antiamerikanischen Politik durch Kriegsdrohung ausschalten. Drei Entwürfe für die Atlantik-Union liegen vor. Erst im Mai oder Juni wird der endgültige Entwurf unter Dach und Fach gebracht werden können. Im US-Kongreß ist keine Opposition gegen den Pakt zu erwarten.